



PRÄVENTIONSKETTEN ALS COMMON

GELINGENDES AUFWACHSEN GEMEINSAM GESTALTEN

Autor: Dr. Jörg Kohlscheen



INHALTSVERZEICHNIS

| | |
|---|-------|
| Einleitung | S. 04 |
| Präventionsketten: | |
| Von der kommunalen Dienstleistung zum versammelten Gemeinwesen | S. 06 |
| Subsidiarität und Commons | S. 10 |
| Partner Cities (Gent) | S. 11 |
| Public-Common-Partnerships | S. 14 |
| Peer-to-Peer-Planung: Planungsprozesse als Common im Lernnetzwerk | S. 17 |
| Fäden zusammenführen: | |
| Commons als transformative Kraft für eine Gesellschaft der Teilhabe | S. 18 |
| Literaturverzeichnis | S. 21 |
| Weiterführende Links | S. 23 |

EINLEITUNG

Gelingendes Aufwachsen als Gemeinschaftsaufgabe

Mit dem Aufbau kommunaler Präventionsketten wird das Thema „Gelingendes Aufwachsen“ zur Gemeinschaftsaufgabe, an der viele Akteure beteiligt sind und nicht etwa „nur“ Eltern. Um Verantwortung für diese Gemeinschaftsaufgabe zu übernehmen, entstehen in den Kommunen Präventionsnetzwerke. Hier werden Bedarfe abgestimmt und wird der Aufbau von Präventionsketten koordiniert. Die Netzwerke orientieren sich an der Leitlinie „Vom Kind her denken“, statt an Zuständigkeiten. Daraus erwächst eine Kultur des Zusammenwirkens zwischen verschiedensten Akteuren im Netzwerk.

Je größer und vielfältiger das Netzwerk ist, desto stärker wird es. Die Akteure bzw. Organisationstypen können nach ihrer Verfasstheit grob in drei Kategorien eingeteilt werden. Es lassen sich staatliche Akteure (z. B. Kommunalverwaltung), Non-Profit-Organisationen (z. B. Träger der Freien Wohlfahrtspflege) und am Markt operierende privatwirtschaftliche Akteure (z. B. niedergelassene Ärzte) identifizieren. Sie alle wirken an dem Aufbau kommunaler Präventionsketten mit und stellen sie als kommunale Daseinsvorsorge bereit.

Die jeweiligen Organisationstypen bringen unterschiedliche Vor- und Nachteile mit sich. Eine wichtige Aufgabe des Staates ist es, Infrastruktur in solchen Bereichen zur Verfügung zu stellen, die privatwirtschaftlich nicht profitabel wären. Dafür gelten staatliche Organisationen nicht als innovations- und investitionsfreundlich und oftmals als nicht bürger-nah. Marktgängige Lösungen sind dagegen nicht in jedem Fall mit den Anforderungen öffentlicher Daseinsvorsorge zu vereinbaren, weil sie sich vor allem an Prinzipien der Profitmaximierung orientieren. Non-Profit-Organisationen „können viele Probleme von Markt- und Staatslösungen vermeiden“, aber auch sie schließen nicht jede Versorgungslücke (Knecht 2013: 63–65).

Jede der genannten Organisationsformen hat ihre bewährte Funktion im Rahmen der Präventionskette. Es gibt Ressourcen, die staatliche Akteure vorhalten müssen, unabhängig davon, ob sie augenblicklich genutzt werden. Marktgängige Lösungen haben sich in bestimmten Bereichen als effizient erwiesen und Non-Profit-Organisationen leisten im Rahmen des Subsidiaritätsprinzips einen wichtigen Beitrag zum gelingenden Aufwachsen. Die genannten Formen stimmen jedoch darin überein, dass eine Ressource bzw. ein Angebot jeweils als Dienstleistung für Adressat*innen bereitgestellt wird, die selbst nicht zur Organisation gehören. Daraus ergibt sich auf der Ebene der Organisation eine Differenz, die oftmals methodisch überwunden werden soll, z. B. durch Bedarfserhebungen und andere Beteiligungsprozesse. Zentrale Fragen sind nun: Wie können aus Adressat*innen Nutzer*innen werden, die ermächtigt sind, mitzuzentscheiden und mitzugestalten? Wie kann es gelingen, die höchste Stufe der Partizipationspyramide zu erreichen, auf der Bürger*innen selbstorganisiert ihre Vorhaben umsetzen? (Straßburger/Rieger 2019: 232–233). Wie können Familien als wichtige Akteure gelingenden Aufwachsens in Präventionsnetzwerke eingebunden werden?

Die kurze Antwort lautet: Public-Common-Partnerships. Commons sind Ressourcen bzw. Gemeingüter, die von jenen verwaltet und gepflegt werden, die sie nutzen, auch um sie wiederum anderen zur Verfügung zu stellen. Unter dem Stichwort Public-Common-Partnership (kurz: PCP) werden Organisationsmodelle diskutiert und gelebt, bei denen die öffentliche Hand Ressourcen zur Verfügung stellt, die dann bürgerschaftlich mit Leben gefüllt werden. Ganz ähnlich dem Subsidiaritätsprinzip: Beispiele solcher Public-Common-Partnerships finden sich überall auf der Welt, wenn auch nicht immer unter diesem Label. Sie reichen von lokaler Stromversorgung (z. B. Wolfhagen) bis hin zu kleinen Initiativen,

die lediglich ein Gebäude bzw. einen Raum benötigen, um etwa Stadteilläden, Einkaufskooperativen, Verleih- und Reparaturcafés, Büchereien und vieles mehr zu betreiben.

Im Qualitätsrahmen wird gelingendes Aufwachsen als Gemeinschaftsaufgabe beschrieben, für die es ein „ganzes Dorf“ benötigt. Public-Common-Partnerships bieten ein Organisationsmodell, dieses „Dorf“ zu formieren und als gelebtes Gemeinwesen zu gestalten. Diese Handreichung soll dazu anregen, die Idee der Commons in Planungsprozesse miteinzubeziehen und dort, wo es sich anbietet, den Schulterschluss zu bürgerschaftlichem Engagement zu suchen und zu gestalten. Dies ist selbstredend nicht bei allen Gliedern der Präventionskette möglich, aber auch nicht nötig! Wir wissen aus dem Bereich des zivilgesellschaftlichen Engagements, dass Letzteres

nicht voraussetzungslos funktioniert. Es bedarf hierzu Ressourcen und einer Portion Gestaltungsoptimismus, die von Armut und sozialer Ausgrenzung Betroffene häufig nicht mitbringen. Da Commons jedoch die Kommune als Gemeinwesen stärken und solidarische Gemeinschaften fördern, bringen sie immer auch ein hohes Inklusionspotential mit sich. Aus diesem Grund beschäftigte sich zum Beispiel 2013 die österreichische Armutskonferenz mit Commons. Ein großes Lösungspotential in Bezug auf soziale Teilhabe wird auch von der Nobelpreis-Jury gesehen, die Elinor Ostrom 2009 den Wirtschaftsnobelpreis zusammen mit Oliver E. Williamson verliehen hat. Ostrom und Williamson forschten intensiv zu der Frage, wie gemeinschaftliche Güter langfristig und nachhaltig genutzt und verwaltet werden können.



PRÄVENTIONSKETTEN:

Von der kommunalen Dienstleistung zum versammelten Gemeinwesen

Präventionsketten werden vielfach als Angebotslandschaft gesehen, die aufgebaut wird, um von Familien oder auch anderen Adressat*innen genutzt zu werden. Diese Angebote werden von verschiedensten Akteuren realisiert und beginnen meist mit den Frühen Hilfen. Um Angebote und Adressat*innen zusammenzubringen, werden unterschiedlichste Methoden angewendet. Es werden zum einen Bedarfe ermittelt. Hier reichen die Methoden von der Aktivierung des Erfahrungsschatzes der Fachkräfte über statistische Analysen, aber auch quantitative bzw. schriftliche Befragungen der Adressat*innen bis hin zu ausgeklügelten Beteiligungsverfahren in Einrichtungen und Quartieren, wie zum Beispiel Stadtteilspaziergängen. Zum anderen werden mit Willkommensbesuchen und Lotsendiensten eigene Angebote als Geh-Struktur geschaffen, um dem oben angesprochenen Problem der Kopplung von Angeboten und Adressat*innen aktiv zu begegnen. In vielen Kommunen ist das Netz präventiver Angebote so dicht, sodass Kritiker*innen hier bereits von einer fürsorglichen Belagerung sprechen (Dallmann 2021).

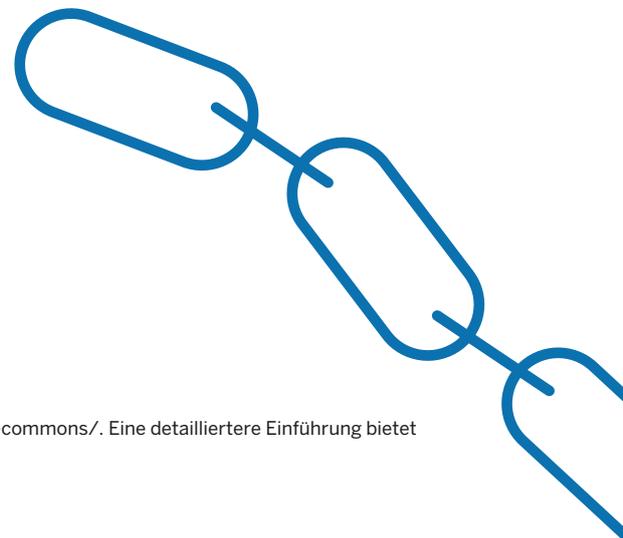
Angebote passgenau, bedarfsgerecht und zugänglich zu gestalten, ist eine wichtige Aufgabe beim Aufbau von Präventionsketten. Dass sich das Kopplungsproblem überhaupt stellt, liegt aber auch daran, dass Präventionsketten in weiten Teilen die Gestalt einer Dienstleistung für sogenannte Zielgruppen haben. Gewiss muss es Angebote dieser Art geben und die Kommunalverwaltung sollte dafür sorgen, dass diese vorgehalten werden. Darüber hinaus kann aber etwas anderes entstehen, wenn Adressat*innen diese auch als Partizipand*innen aktiv mitgestalten (Deffte et al. 2020: 8). Und genau hierzu bedarf es einer Einbindung der Adressat*innen in das Präventionsnetzwerk.

Aber wie kann das gelingen? Die Idee an dieser Stelle lautet, Eltern einer Kommune nicht nur temporär als vereinzelte Nutzer*innen in die Präventionskette

einzubinden, sondern als Macher*innen und Mitgestalter*innen der Präventionskette. Also nicht nur als Familie Meier, die in der Kommune lebt und je nach Lebenssituation individuelle Bedarfe hat, die sie etwa im Rahmen einer Stadtteilversammlung einbringen kann, sondern auch als Mitgestalter*innen einer gemeinwohlorientierten Ressource. Beispielsweise könnten Eltern Treff- und Austauschpunkte für Eltern selbst gestalten und verwalten. Und damit wäre ein solcher Treffpunkt ein Common.

Der Begriff Common wird im Deutschen oft mit Gemeingut übersetzt. Die Common-Expertin Silke Helfrich kritisiert, dass hierbei der Schwerpunkt auf ein Gut, also etwas Dingliches, gelegt werde. Sie betont, dass es sich bei Commons um beliebige Ressourcen handelt, die gemeinschaftlich nach bestimmten Prinzipien verwaltet und genutzt werden, auch immaterielle. In der Vergangenheit handelte es sich dabei häufig um gemeinschaftlich genutzte Fischgründe, Weiden oder Wälder. Heute kann es sich dabei auch um freie Software handeln, die kostenlos genutzt werden kann. Um hier Missverständnisse zu vermeiden, ist nicht von Gemeingut, sondern ausschließlich von dem englischen Wort Common die Rede.¹

¹ Vgl. Silke Helfrich im Interview: <https://blog.gls.de/wirtschaft/anders-wirtschaften-mit-commons/>. Eine detailliertere Einführung bietet Helfrich/Stein (2011).



Commons werden gemeinschaftlich genutzt, verwaltet und erhalten. Commons sind daher aus verschiedensten Gründen wertvoll:

- Commons funktionieren nach demokratischen Prinzipien und tragen damit zu einer Demokratisierung der Gesellschaft bei
- Gemeinsam genutzte Ressourcen sind nachhaltig und ökologisch sinnvoll (zum Beispiel Verleihcafés)
- Sie stellen vielfach ein Labor für soziales Lernen dar
- Sie tragen dazu bei, dass Bewohner*innen sich mit ihrer Umwelt identifizieren
- Sie ermöglichen Gestaltungsmacht als höchste Stufe der Partizipationspyramide.

Commons können dabei unterschiedlich verfasst sein, zum Beispiel als wenig formelle Initiative, als Genossenschaft oder als eingetragener Verein. Die Regeln der Entscheidungsfindung innerhalb der Gemeinschaften können durchaus variieren, aber sie sind oft so gestaltet, dass alle Mitglieder bei wichtigen Entscheidungen hinreichend Möglichkeiten haben, mitzuentcheiden. Des Weiteren verfügen Commons über Nutzungsregeln und Möglichkeiten der Kontrolle der Einhaltung dieser Regeln. So kann gewährleistet werden, dass eine Ressource nicht übernutzt wird, sondern noch nachfolgenden Generationen zur Verfügung steht. Überhaupt ist die Einhaltung der Nutzungsregeln ein wichtiges Thema für Commons. Hierdurch unterscheiden Commons sich von anderen Ressourcen, die jedermann zur Verfügung stehen.

In langfristig funktionierenden Commons gibt es auch Kontroll- und Sanktionsmöglichkeiten. Der Psychologe Martin Beckenkamp (2014: 56) betont, dass meistens milde Formen der Sanktion ausreichen, um Mitglieder im Sinne der Commons zu disziplinieren. Beckenkamp (2014) betont auch, dass die meisten der von Ostrom entwickelten Konstruktionsprinzipien auf Wohlwollen und Vertrauen beruhen. Er kann jedoch unter der Einbeziehung psychologischer Experimente und spieltheoretischer Argumentation zeigen, dass es für Commons wichtig ist, sich gegen Defektion Einzelner zu schützen. Dabei gilt es Institutionen zu schaffen, die das Verhältnis von Vertrauen und Kontrolle gut und nachvollziehbar austarieren. Vielleicht lässt sich die Beziehungsweise in Commons als wehrhaftes Vertrauen beschreiben.



Elinor Ostrom hat verschiedene Commons auf der ganzen Welt untersucht und sieben Konstruktionsprinzipien herausgeschält, die für das langfristige Funktionieren wichtig sind. Diese Konstruktionsprinzipien werden unterschiedlich in Abhängigkeit von lokalen Kulturen und Traditionen konkretisiert. Nach Ostrom wären das:

1.**Grenzen:**

Es existieren klare und lokal akzeptierte Grenzen zwischen legitimen Nutzern und Nicht-Nutzungsberechtigten. Außerdem existieren klare Grenzen zwischen einem spezifischen Gemeinressourcensystem und einem größeren sozial-ökologischen System.

2.**Kongruenz:**

Die Regeln für die Aneignung und Reproduktion einer Ressource entsprechen den örtlichen und den kulturellen Bedingungen. Aneignungs- und Bereitstellungsregeln sind aufeinander abgestimmt; die Verteilung der Kosten unter den Nutzern ist proportional zur Verteilung des Nutzens.

3.**Gemeinschaftliche Entscheidungen:**

Die meisten Personen, die von einem Ressourcensystem betroffen sind, können an Entscheidungen zur Bestimmung und Änderung der Nutzungsregeln teilhaben (auch wenn viele diese Möglichkeit nicht wahrnehmen).

4.**Monitoring der Nutzer und der Ressource:**

Es muss ausreichend Kontrolle über Ressourcen geben, um Regelverstößen vorbeugen zu können. Personen, die mit der Überwachung der Ressource und deren Aneignung betraut sind, müssen selbst Nutzer oder den Nutzern rechenschaftspflichtig sein.

5.**Abgestufte Sanktionen:**

Verhängte Sanktionen sollen in einem vernünftigen Verhältnis zum verursachten Problem stehen. Die Bestrafung von Regelverletzungen beginnt auf niedrigem Niveau und verschärft sich, wenn Nutzer eine Regel mehrfach verletzen.

6.**Konfliktlösungsmechanismen:**

Konfliktlösungsmechanismen müssen schnell, günstig und direkt sein. Es gibt lokale Räume für die Lösung von Konflikten zwischen Nutzern sowie zwischen Nutzern und Behörden (z. B. Mediation).

7.**Anerkennung:**

Es ist ein Mindestmaß staatlicher Anerkennung des Rechtes der Nutzer erforderlich, ihre eigenen Regeln zu bestimmen.

8.**Eingebettete Institutionen (für große Ressourcensysteme):**

Wenn eine Gemeinressource eng mit einem großen Ressourcensystem verbunden ist, sind Governance-Strukturen auf mehreren Ebenen miteinander » verschachtelt (polyzentrische Governance).

(Helfrich et. al. 2015: 55–56)

Commons müssen nicht zur Daseinsvorsorge beitragen. In der Praxis ist das jedoch vielfach der Fall. Wenn sie dies in einer Art und Weise tun, die gelingendes Aufwachsen befördert, sind Common-Assoziationen als Teil des „Dorfes“ ein wichtiger Partner für gelingendes Aufwachsen. Sie zu fördern, heißt dann gelingendes Aufwachsen zu fördern.

Subsidiarität und Commons

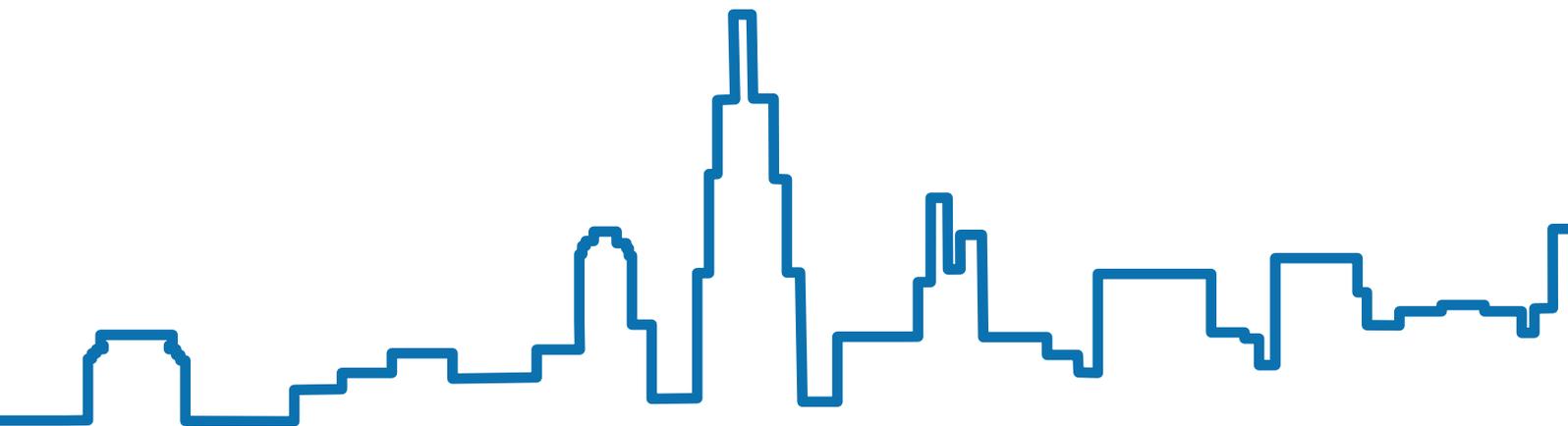
Eine Möglichkeit der partizipativen Einbindung lokaler Strukturen (Initiativen, Vereine, Verbände usw.) in das Präventionsnetzwerk bietet das Subsidiaritätsprinzip. Es meint „das Bestreben, als Form- und Strukturelement die kleinere Einheit vor der übergeordneten größeren abzusichern und zu schützen, ohne dieser die von ihr zur Bewältigung ihrer Aufgaben benötigte Unterstützung zu versagen.“ (Dauerlein 1972: 306). Konkret führt das dazu, dass Aufgaben nach unten weitergegeben werden: beispielsweise im Falle des Betriebens von Kitas vom Land an die Kommune, von der Kommune an die lokale Freie Wohlfahrt.

Zu Recht wird betont, dass mit Subsidiarität nicht nur ein bestimmtes Verwaltungsmodell gemeint ist, sondern auch eine bestimmte ideengeschichtliche Vorstellung davon, wie Gesellschaft insgesamt funktioniert bzw. funktionieren sollte, nämlich vorrangig von unten nach oben. Die individuelle Verantwortung kommt vor der Verantwortung des Staates.

Wenn man den Commons-Begriff sehr weit auffasst, gibt es bereits im Rahmen des Subsidiaritätsprinzips eine Public-Common-Partnership in sämtlichen Kommunen Deutschlands. Im Vereinswesen etwa stellen Kommunen je nach örtlicher Regelung Turnhallen,

Sportplätze, Schulen usw. als Ressource (oftmals kostenfrei) zur Verfügung, die dann von den Vereinen zum Turnen, Schachspielen usw. genutzt werden. Und damit einen wichtigen Beitrag zum gesellschaftlichen Zusammenhalt leisten. Dies entspricht der Logik des Subsidiaritätsprinzips und lässt sich überall leben, wo öffentliche Ressourcen dem Gemeinwohl zur Verfügung gestellt werden können.

Um die Zusammenarbeit zwischen bürgerschaftlichen Common-Vereinigungen und der Kommune zu regeln, beschloss beispielsweise die italienische Stadt Bologna eine Verordnung zur Zusammenarbeit zwischen Bürgerschaft und Verwaltung (Bologna 2014). In diesem Dokument wird auf 28 Seiten das Verfahren geregelt, auf dessen Grundlage die Stadt Bologna lokale Common-Assoziationen unterstützt. Dort ist geregelt, welche Common-Assoziation unter welchen Umständen von der Kommunalverwaltung Ressourcen erhalten kann, gewissermaßen sind in dem Papier also Fördergrundsätze festgelegt und geregelt. Zudem hat die Kommune Bologna eine Datenbank eingerichtet, in der Ressourcen aufgelistet sind, die genutzt werden können.



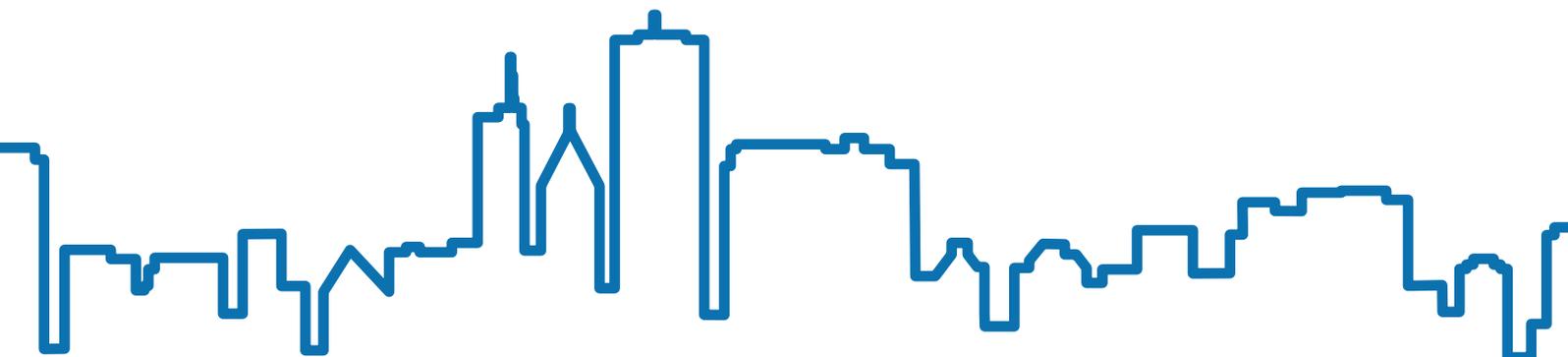
Partner Cities (Gent)

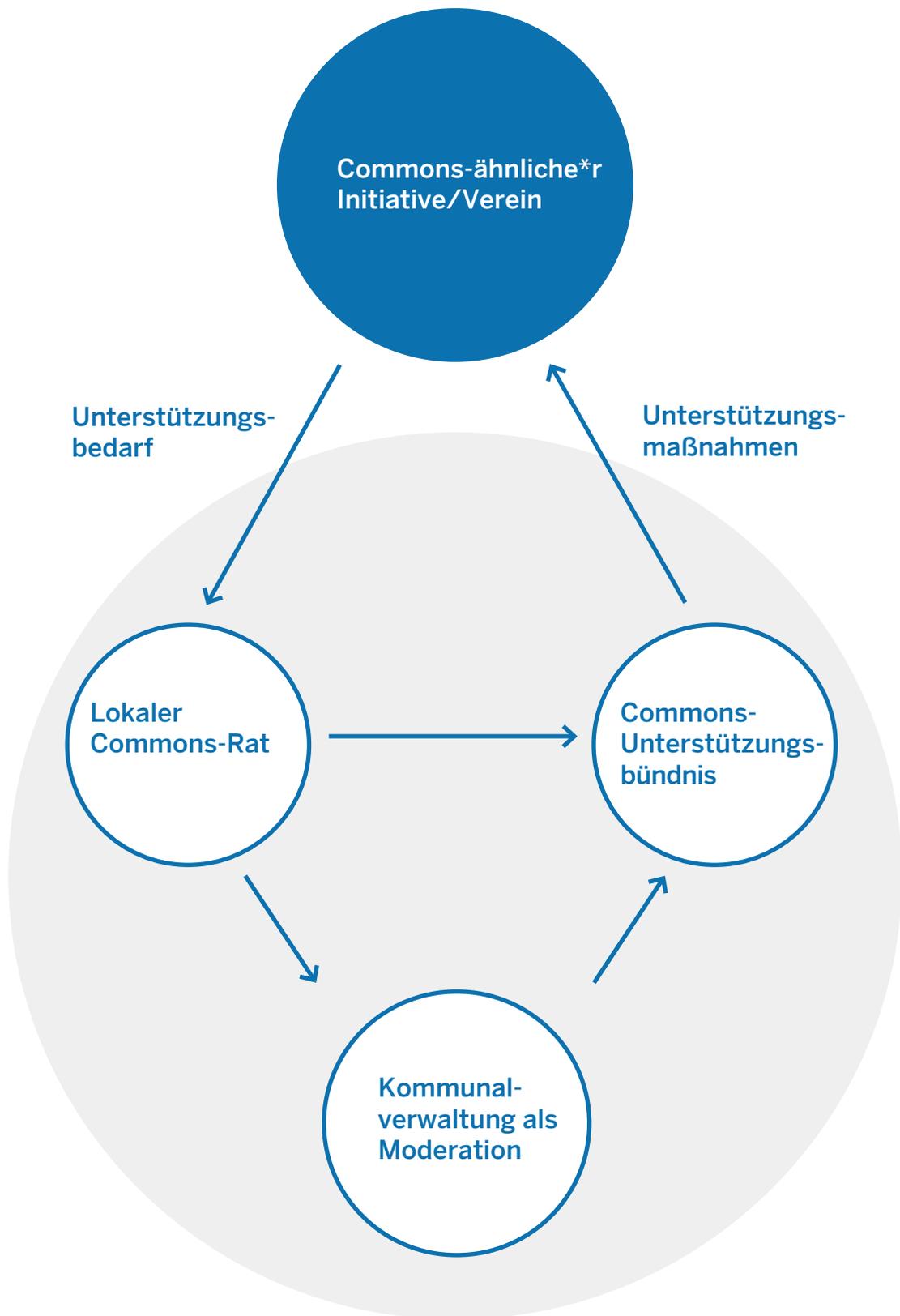
In Gent wurde ein Konzept zur Förderung urbaner Commons entworfen, das ebenfalls stark mit dem Subsidiaritätsprinzip korrespondiert. Dort beauftragte im Jahr 2017 die Stadtverwaltung den Common-Experten Michel Bauwens mit einem Forschungsprojekt. Dabei ging es um die Frage, wie ein Systemwechsel im Bereich der Daseinsvorsorge vollzogen werden kann, mit dem Ziel, eine Kommune der Commons aufzubauen. Damit soll ein umfassender sozial-ökologischer Wandel angeregt und der Übergang von der Industrie- zur Postindustriegesellschaft gestaltet werden. Dabei geht es nicht nur um einen Strukturwandel, bei dem die marktförmige Produktionsweise erhalten bleibt und lediglich durch andere Güter ersetzt wird, sondern um einen Wandel zu demokratischen Formen der Produktion, aber auch der Verteilung und des Verbrauchs der produzierten Güter. Zudem sollen auch jene Bevölkerungsgruppen profitieren, die bislang vom ökonomischen Strukturwandel nicht erreicht wurden (Bauwens/Onzia 2017: 26).

Während im Rahmen von Subsidiarität die Kommunalverwaltung als Mittelgeberin (oder eine andere

übergeordnete Ebene) immer auch eine Kontrollfunktion innehatte, mit all den bürokratischen Folgen und Rechenschaftspflichten, um die mittelgerechte Verwendung zu überprüfen, übernimmt die Kommunalverwaltung im Modell der Partner Cities eher eine moderierende bzw. beratende Rolle, etwa bei Planungsaufgaben. Des Weiteren wird die Umwelt, nämlich Staat und Markt, der Common-Assoziationen mitgedacht und ins Modell einbezogen.

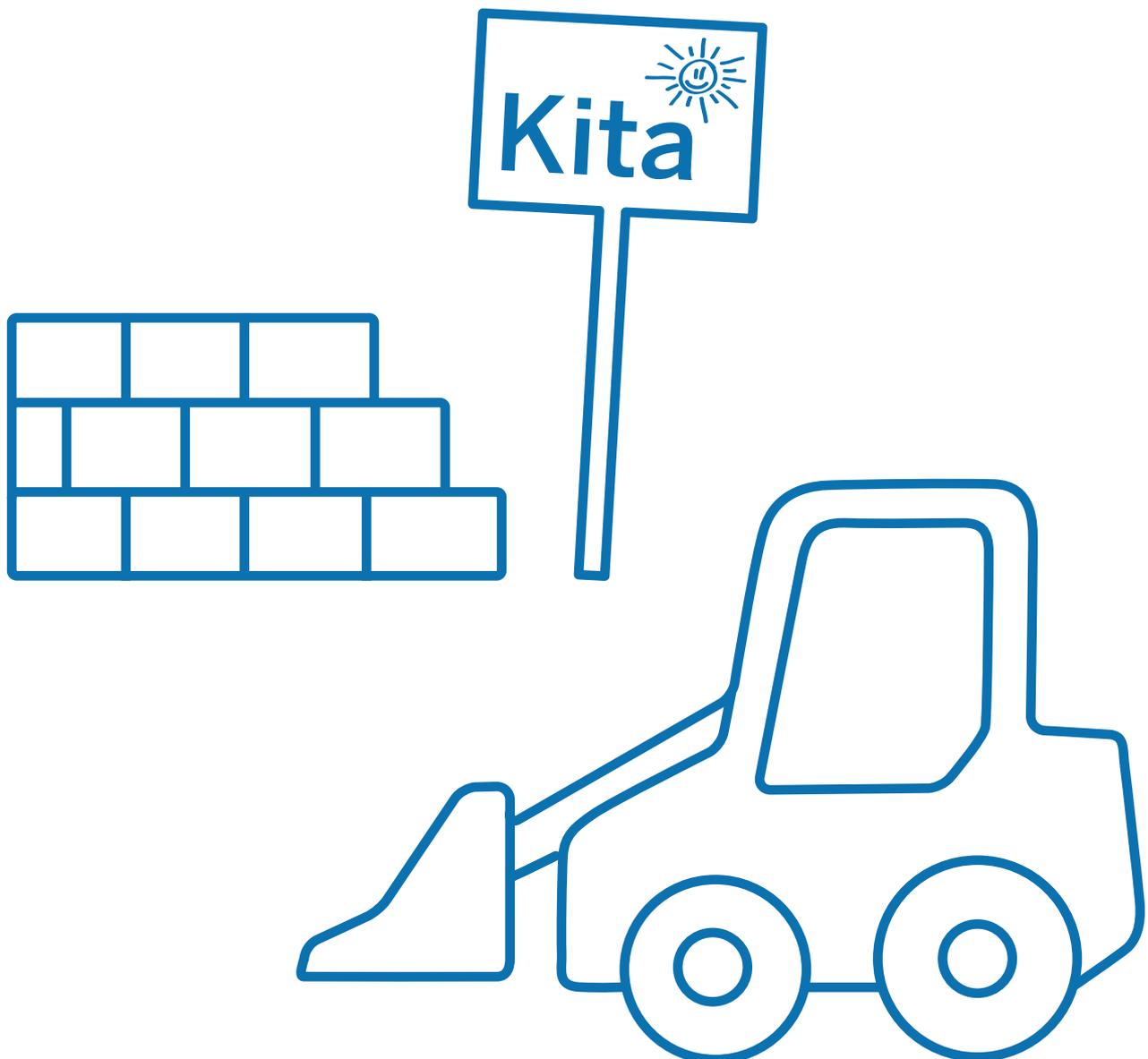
Das von Bauwens und Onzia (2017: 61) vorgeschlagene Verfahren sieht vor, dass sich bürgerschaftliche Initiativen zunächst an den örtlichen Commons-Rat wenden. Hier werden Unterstützungssettings beraten und organisiert. Dabei kann die Kommunalverwaltung eingeschaltet werden, es ginge aber auch ohne sie. Sie kann etwa bei Planungsprozessen unterstützen. Sie kann aber auch im Rahmen des Commons-Unterstützungsbündnisses konkrete Unterstützungsmaßnahmen anbieten. Hier schlägt der Autor vor, kommunale Mittel nach dem Bologna-Vorbild zu vergeben.





In der Praxis könnte dies wie folgt aussehen: Eine Elterninitiative wünscht die Errichtung einer Kita und wendet sich mit ihrem Anliegen an den örtlichen Commons-Rat. Dieser ist gut vernetzt und prüft mögliche Ressourcen. Vielleicht lassen sich Räumlichkeiten einer anderen Initiative gut nutzen? Eventuell muss aber auch ein Neubau her, da in der Kommune Raumknappheit herrscht. Hier könnte die

Kommune bei der Planung unterstützen oder eventuell findet sich ein kommunales Grundstück, das im Rahmen einer Erbpacht verpachtet werden kann. Oder vielleicht findet sich ein Unternehmen, das im Begriff ist, eine Betriebs-Kita einzurichten. Je nach Bedarf könnte der Commons-Rat zu Trägerverbänden vermitteln, die bereits wissen, wie solche Elterninitiativen eingerichtet werden.



Public-Common-Partnerships

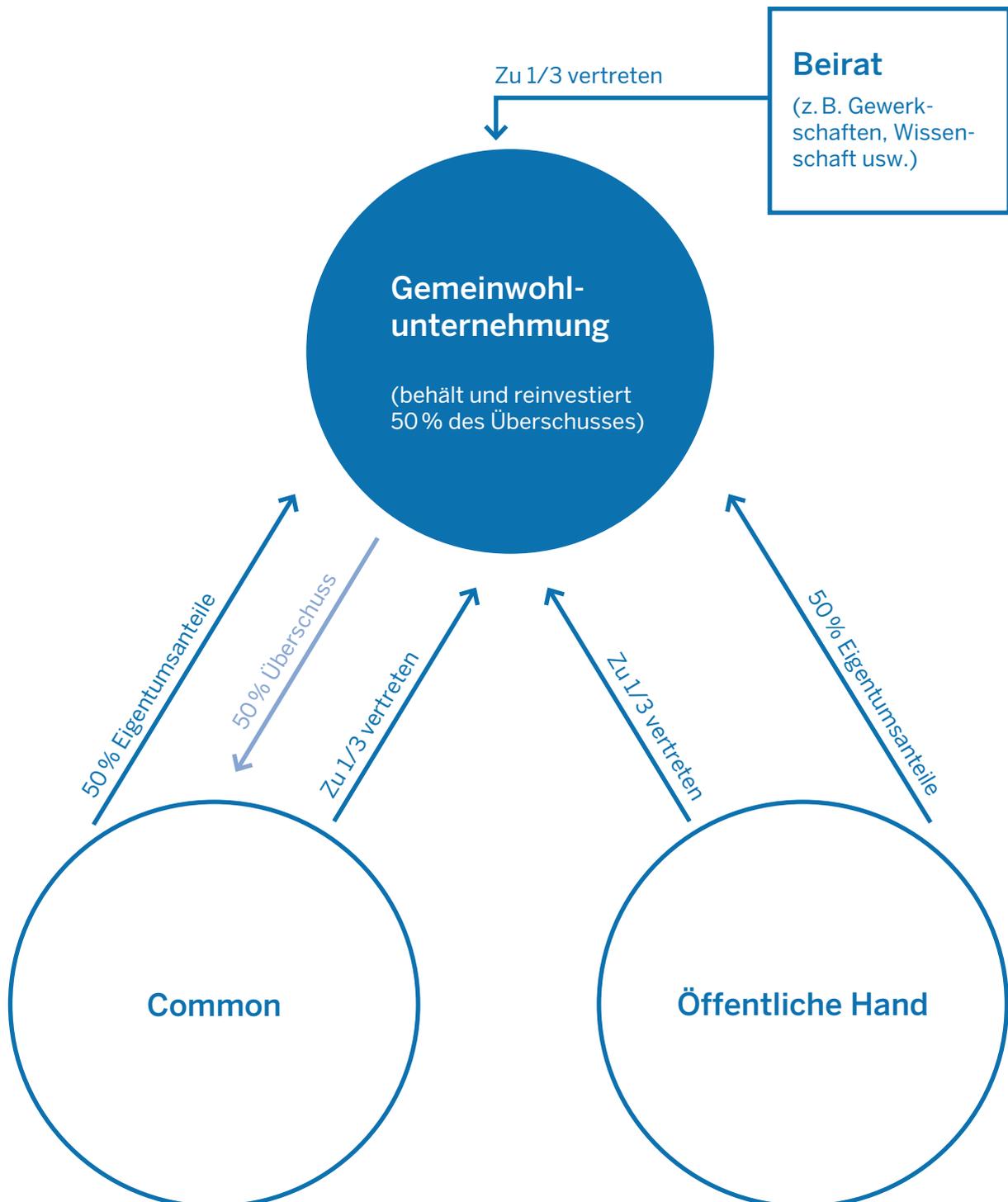
Sobald Förderlogiken wie beim Subsidiaritätsprinzip wirken, kommt es zu einer grundsätzlichen Asymmetrie zwischen Fördermittelgebern und -nehmern. Diese Asymmetrie muss für die Beteiligten nicht spürbar sein, solange es zu keinen Konflikten kommt und die Förderbeziehung reibungslos läuft. Förderung bewirkt jedoch stets eine grundsätzliche Abhängigkeit der Commons vom Tropf öffentlicher Mittel. Diese wiederum sind anfällig für politische Konjunkturen und abhängig von der Haushaltslage. Damit hängen Commons indirekt von der wirtschaftlichen Situation einer anderen Institution ab.

Keir Milburn und Bertie Russell (2019) schlagen ein Konzept vor, mit dem man dieser Konstellation begegnen kann und das auf geteiltem Eigentum zwischen der öffentlichen Hand und den Commons beruht. Dabei orientieren sie sich an der Bürger-EnergieGenossenschaft Wolfhagen in der Nähe von Kassel (Hessen). In Wolfhagen beschloss der Rat der Stadt 2008, die Bürger*innen über eine Genossenschaft mit 25 % an den kommunalen Stadtwerken zu beteiligen, und richtete außerdem einen Windpark

ein. So wurde eine einzigartige Form demokratischer Bürgerbeteiligung an der örtlichen Stromversorgung geschaffen und gleichzeitig die Energiewende beschleunigt. Erwirtschaftete Gewinne fließen zu einem Teil über Dividenden an die Mitglieder der Genossenschaft zurück und werden zu einem anderen Teil wiederum in einen Energiefonds investiert. Aus diesem werden Maßnahmen der Mitglieder gefördert, die die Energieeffizienz der Haushalte unterstützen. Die Mitgliederzahl wächst seit der Gründung der BEG Wolfhagen und das Modell wurde zahlreich ausgezeichnet.²

Das folgende Schaubild zeigt einen Vorschlag von Milburn und Russell (2019), wie eine solche Public-Common-Partnership gestaltet werden könnte. Im Zentrum steht die Gemeinwohlunternehmung, wobei sowohl die öffentliche Hand als auch die Commons-Assoziation (z. B. ein Verein oder eine Genossenschaft) Eigentumsanteile von jeweils 50 % halten und damit auf Augenhöhe agieren.

² <https://www.energiegenossenschaften-gruenden.de/kooperation-stadtwerke/wolfhagen.html>

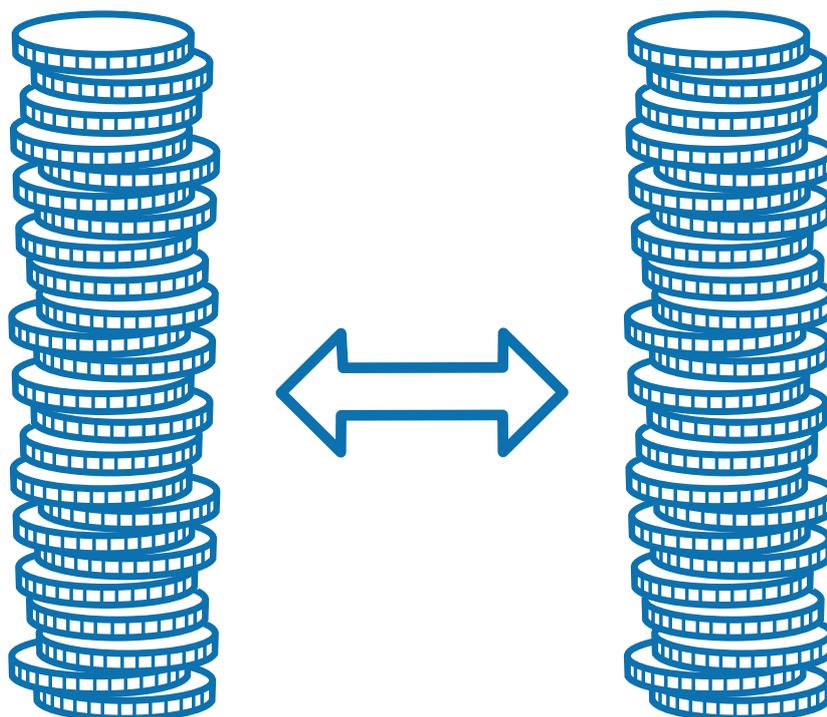


Der Gewinn geht zu 50 % an die Common-Verbindung und verbleibt zu 50 % in der Gemeinwohlunternehmung. Die Verteilung hat folgenden Hintergrund: Public-Common-Partnerships werden unter starkem Einfluss des Modells der Private-public-Partnership debattiert und als Alternative zur Privatisierung öffentlicher Daseinsvorsorge diskutiert, wie sie vor allem in den 1990er Jahren und zur Jahrtausendwende auch in den Kommunen Nordrhein-Westfalens vorangetrieben wurde. Es hat sich gezeigt, dass Marktorientierung aus einer gesamtgesellschaftlichen Perspektive nicht immer die beste Wahl ist, da demokratische Steuerungsmöglichkeiten fehlen und nicht profitable Bereiche vernachlässigt werden (Milburn/Russell 2019: 8). Deshalb legen Milburn und Russell großen Wert auf die Frage, was mit erwirtschafteten Überschüssen passiert und wie diese demokratisiert werden können (Milburn/Russell 2019:15). Sie schlagen vor, dass 50 % im Gemeinwohlunternehmen verbleiben und 50 % an die Common-Assoziation zurückfließen.

Ferner schlagen sie vor, dass erwirtschaftete Gewinne dazu genutzt werden, um neue Gemeinwohlunternehmungen zu finanzieren, die dann ebenfalls neue Gemeinwohlunternehmungen unterstützen. So

entstehen Investmentkreisläufe und Wachstum dient dann nicht (mehr) der Sicherung von Profit, sondern dem Erhalt von gemeinschaftlich verwalteten Ressourcen bzw. der Daseinsvorsorge als Common. Ähnlich funktionieren in Deutschland die sog. Miethäusersyndikate. Hierbei handelt es sich um Wohnungsgenossenschaften, wobei bereits etablierte Miethausyndikate neu entstehende Syndikate (finanziell) unterstützen.

An der Steuerung des Gemeinwohlunternehmens ist, ebenfalls nach dem Vorbild der BEG Wolfhagen, ein Beirat beteiligt, der das Gemeinwohlunternehmen in steuerungsrelevanten Fragen berät. Milburn und Russell denken hier zum Beispiel an Gewerkschaften, aber auch an wissenschaftliche Expertise. Vor allem letztere Idee bietet einen wichtigen Anknüpfungspunkt beim Aufbau der kommunalen Präventionsketten: Wissensbasiert vorzugehen bedeutet auch einen Raum für Reflexion einzurichten. So etwa kann die wissenschaftliche Begleitung von Gemeinwohlunternehmungen bereits in die Lenkungsstruktur eingebaut werden.



Peer-to-Peer-Planung:

Planungsprozesse als Common im Lernnetzwerk

Im Rahmen des kinderstark-Lernnetzwerkes konnten vielfältige Möglichkeiten des Austausches und des gegenseitigen Lernens etabliert werden. Peer-to-Peer-Planung meint genau das: Wissen anderen zur Verfügung stellen, Erfahrungen anderer nutzen, um so gemeinsam besser zu werden. So wird Wissen zu einer gemeinsam genutzten Ressource, die geteilt und gemeinsam gepflegt werden kann, also zum Common.

Der Ausdruck Peer-to-Peer (auch P2P) stammt aus der Computerwelt und bezeichnet dort ein dezentrales Vernetzungsprinzip zum Teilen von Daten. Dabei schließen sich viele Computer zu einem Netzwerk zusammen. So können zum Beispiel viele dazu beitragen, dass kostenlose und frei zugängliche (sog. Open-Source-)Betriebssysteme wie z. B. Linux (und andere freie Software) anderen Nutzer*innen zur Verfügung stehen. Diese Netzwerke sind schneller und stabiler als zentrale Lösungen der Bereitstellung. Sie werden umso stärker, je mehr sich beteiligen. Der P2P-Ansatz findet sich auch im kinderstark-Lernnetzwerk wieder. So bieten etwa Lerncluster und Lernnetzwerktreffen den Teilnehmenden die Möglichkeit, voneinander zu lernen. Je mehr Erfahrungen bei bestimmten Herausforderungen zusammengetragen werden können, desto wahrscheinlicher wird eine gute Lösung.

Der Mathematiker und Architekturtheoretiker Nikos A. Salingaros schlägt zusammen mit dem Softwareentwickler Federico Mena-Quintero vor, den P2P-Ansatz für Städteplanung zu nutzen (Salingaros/Mena-Quintero 2014). Sie interessieren sich dabei aus der Perspektive von Architektur für den urbanen

Raum und sehen die Notwendigkeit eines Umdenkens: weg von zentral und über die Köpfe der Bürger*innen hinweg geplanten Großprojekten hin zu dezentralen Planungsprozessen, die auf Beteiligung und geteiltes Wissen setzen. So fordern sie, Musterlösungen für andere zugänglich zu machen, auch um sich unabhängig von zentralen Planungsinstanzen zu machen.

Eine Möglichkeit wäre, Stadtteilkonferenzen, Versammlungen in einer Schule oder im Rahmen eines Familienzentrums zu organisieren, um gemeinsam Aktivitäten und Veränderungen, etwa in der lokalen Infrastruktur, zu bewirken und Ressourcen zusammenzulegen. Die Ergebnisse könnten dann wiederum anderen als Good-Practice-Beispiele zugänglich gemacht werden.

Um einem Missverständnis vorzubeugen: Gewiss ist P2P-Planung partizipativ ausgerichtet, aber kein Forum für Partikularinteressen, wie es teilweise in Beteiligungsverfahren der Fall ist. Es geht nicht darum, privilegierten Gruppen ein Forum zu geben, die ihre Wünsche zu Lasten weniger privilegierter Gruppen durchsetzen, sondern darum, Planungsprinzipien zu ermöglichen, die möglichst viele Stakeholder-Perspektiven berücksichtigen. „Entwicklungsfähiges Design umfasst einen Prozess, bei dem Schritt für Schritt veränderte Anforderungen und Nutzerbedürfnisse einbezogen werden, die ein vorgefertigter Entwurf zwangsläufig ignoriert.“ (Salingaros/Mena-Quintero 2014: 511). Es geht also darum, gemeinsam zu Verbesserungen zu gelangen.

FÄDEN ZUSAMMENFÜHREN:

Commons als transformative Kraft für eine Gesellschaft der Teilhabe

Commons bieten viele Anknüpfungspunkte, um die Weiterentwicklung von Präventionsketten voranzutreiben. Dies liegt daran, dass in Commons auf der organisatorischen Ebene Grundprobleme menschlicher Kooperation und Arbeitsteilung behandelt, wenn nicht sogar gelöst werden. Bei der Organisation von Commons geht es darum, von Konkurrenz geprägte Beziehungsweisen zugunsten kooperativer Beziehungsweisen zu reduzieren. Dies zeigt sich in verschiedensten Leitformeln, nach denen Commons aufgebaut werden, wie zum Beispiel „Teilen, um mehr zu haben“ und „Solidarischen Formen der Produktion und Verteilung von Gütern“. Commons schaffen Teilhabe. In Bezug auf öffentliche Daseinsvorsorge sind Commons als Selbstermächtigungen doppelt interessant: Sie schaffen gleichzeitig soziale Teilhabe und soziale Infrastruktur, die wiederum dazu führen kann, dass Teilhabe entsteht.

Im Rahmen der kommunalen Präventionsketten werden viele Kooperationsstrukturen geschaffen. Wissen wird bereitwillig geteilt und letztlich geht es darum, gelingendes Aufwachsen als eine Gemeinschaftsaufgabe anzugehen, an der verschiedene Akteure beteiligt sind. Präventionsketten funktionieren dann besonders gut, wenn sämtliche Glieder im Netzwerk in ausreichendem Maße kooperieren. Das gelingt aber nicht immer: Manchmal kommt es zu Konflikten, Blockaden und Stillstand, weil Einzelne die Kooperationsbereitschaft aufkündigen. Im Rahmen guter Netzwerkarbeit bedeutet das auch, nicht nur aus

dem Netzwerk zu nehmen, sondern im Netzwerk eine aktive Rolle auszufüllen. Commons bieten hierfür Lösungsmuster, weil sie immer mit diesem Grundproblem konfrontiert sind. „Aus spieltheoretischer Sicht sind Commons sowohl eine Chance als auch eine Gefahr, denn einerseits bieten sie beachtliche Möglichkeiten, Win-win-Situationen herzustellen, andererseits sind diese Konstellationen extrem instabil und anfällig, weil sie den gemeinsamen Willen zur Zusammenarbeit voraussetzen. Sobald ein Mitglied versucht, seinen eigenen Nutzen zu maximieren, gerät das Gemeingut in Gefahr, und die gemeinschaftliche Wohlfahrt wird zerstört, denn der Zugewinn des Abwechslers ist geringer als der Verlust der Gemeinschaft.“ (Beckenkamp 2014: 51).

Es lässt sich noch mehr von Commons lernen. Die besondere Herausforderung beim Aufbau und Erhalt kommunaler Präventionsketten ist es, eine Art der Zusammenarbeit zu entwickeln, die Grenzen überwindet und neue Partnerschaften entstehen lässt. Für die Kommunalverwaltung bedeutet das, die Versäulung der Verwaltung aufzuweichen und Kooperationen zwischen Ämtern und Dezernaten zu schaffen. Kommunale Präventionsketten betreffen aber nicht nur die Kommunalverwaltung, es spielen auch Akteure eine Rolle, die nicht zur Organisation Stadtverwaltung gehören. Für diese Art der Zusammenarbeit in Netzwerken, bei der die Autonomie und Akzeptanz der Eigenlogik der jeweiligen Netzwerk(mit)glieder ein wichtiger Bestandteil ist, bedarf es einer soge-

nannten polyzentrischen Governance. „Polyzentrische Governance bezeichnet das Vorhandensein von vielen, formal voneinander unabhängigen Zentren der Entscheidungsfindung, die sich aufeinander sowie auf zentrale Institutionen oder Konfliktlösungsmechanismen beziehen können.“ (Helfrich/Stein 2011). De facto sind Präventionsnetzwerke bereits Strukturen mit dem Charakter einer polyzentrischen Governance. Das Netzwerk verwaltet sich selbst und es existieren Regeln der Zusammenarbeit und Verlässlichkeit. Eventuell sind sogar die jeweiligen Rollen im Netzwerk expliziert, wie Frühling et al. (2020) es vorschlagen.

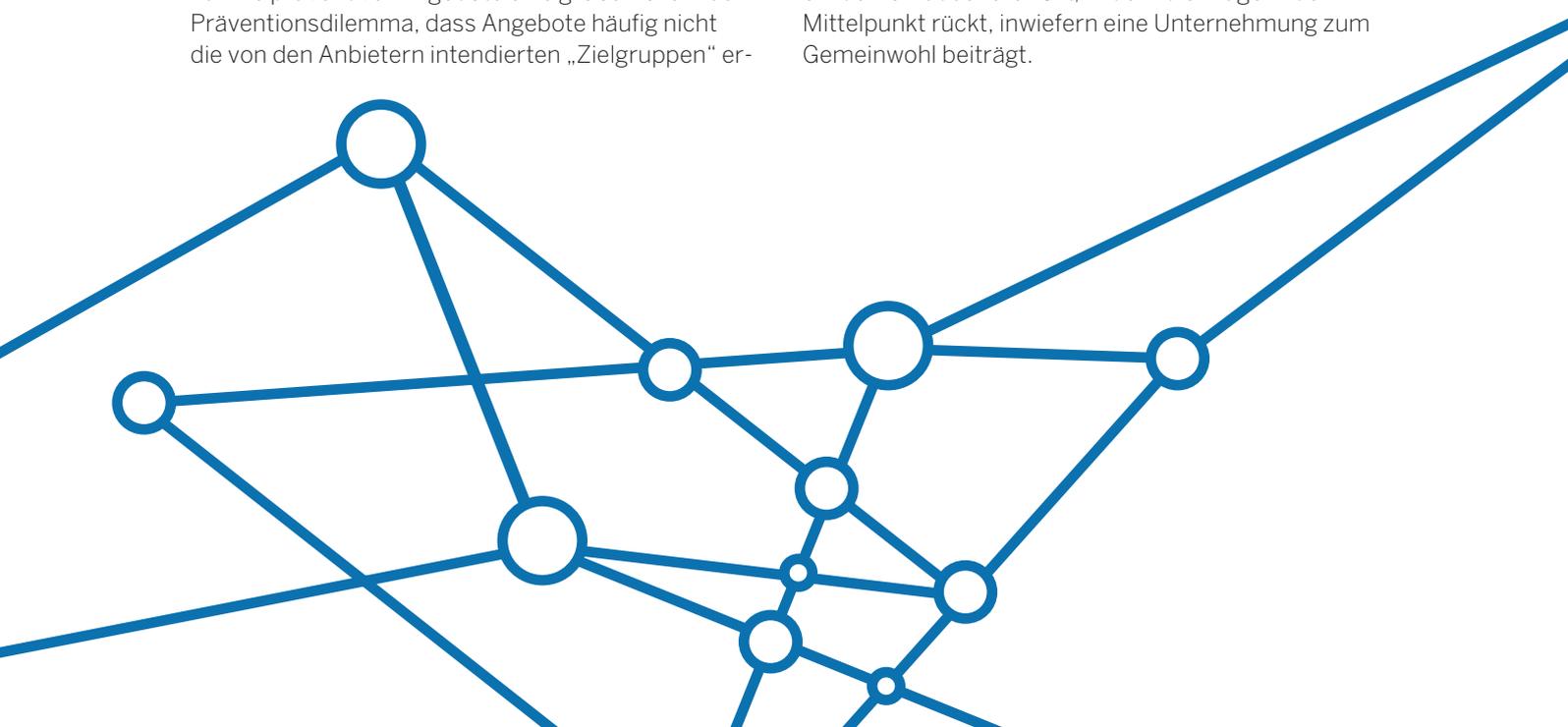
Eine Herausforderung beim Aufbau kommunaler Präventionsketten besteht darin, verschiedenste Organisationen und Organisationstypen (zum Beispiel Verwaltungsorganisationen und Vereinsstrukturen) zu vereinbaren und zu koordinieren, auch damit deren Handlungs- und Strukturierungslogiken nicht in Widerspruch zueinander geraten. Dabei ist es wichtig, nicht auf Entweder-oder-Lösungen zu setzen, sondern dort, wo es möglich ist, Sowohl-als-auch-Lösungen umzusetzen. Und es ist durchaus ein Nebeneinander von öffentlicher Hand, Non-Profit-Organisationen und Markt möglich.

Letztlich spielt Kooperation beim Thema Inanspruchnahme präventiver Angebote eine große Rolle. Das Präventionsdilemma, dass Angebote häufig nicht die von den Anbietern intendierten „Zielgruppen“ er-

reichen, ergibt sich daraus, dass die Menschen nicht von vornherein an der Angebotsgestaltung beteiligt werden. Aus dieser konstitutiven Fremdheitsbeziehung heraus entwickeln sie eine Konsumentenhaltung und übernehmen dafür keine gestalterische Eigenverantwortung. Um dies zu ändern, braucht es agile Strukturen und Ideen. Es reicht nicht aus, bestimmte Angebote vorzuhalten, ohne darauf zu achten, ob sie auch genutzt werden (können).

Die Neugestaltung der Präventionskette als Common bietet die Möglichkeit, Kinder, Jugendliche und Familien selbst als Teil des kommunalen Netzwerks einzubinden; diese werden fortan nicht mehr als Zielgruppe (sozialstatistisch) objektiviert, sondern als Adressat*innen selbst zu einem wesentlichen Element der Angebotsproduktion im Netzwerk. Die Kommune betreibt dann Daseinsvorsorge nicht für, sondern mit ihren Bürger*innen. Und genau dieser Wortsinn schwingt im Begriff „Kommune“ ja auch von Beginn an mit.

Das Konzept der Commons bietet für viele Kommunen überall auf der Welt einen Referenzpunkt für eine menschenfreundliche(re) Entwicklung der Lebenswelt Kommune. Eine Gesellschaft der Commons würde ihre Ressourcen gemeinschaftlich verwalten und zur Deckung ihrer Bedürfnisse nutzen. Sie wäre ein demokratischerer Ort, in dem die Frage in den Mittelpunkt rückt, inwiefern eine Unternehmung zum Gemeinwohl beiträgt.



Commons sind nicht nur ferne Utopie. Es gibt sie im Hier und Jetzt und es wird sie überall dort geben, wo Menschen sich zusammentun, um gemeinsam eine Ressource zu nutzen und zu pflegen. Stadtverwaltungen und kommunale Einrichtungen verfügen bereits über vielfältige Möglichkeiten, Commons zu unterstützen. Sie können damit beginnen, Vereinen und Initiativen Ressourcen (wie z. B. Räume) zur Nutzung zu überlassen oder auf einer größeren Ebene die lokalen Stadtwerke für Bürger*innen zu öffnen. Commons können lokal gestärkt werden, aber es ist auch das Engagement der Bürger*innen erforderlich. Kommunalverwaltungen können dafür durch gute Bedingungen einen Rahmen schaffen, der dann eben auch ausgefüllt bzw. genutzt werden muss.

Es gibt soziale Phänomene, die sozial ansteckend wirken. Das kann negative Ausmaße annehmen, aber auch positive. Viele kennen das Broken-Window-Prinzip: Wo an einem Gebäude eine Scheibe zerschlagen ist, sind bald viele Scheiben zerschlagen. Engagement im sozialen Nahraum kann ebenfalls in einer positiven Art und Weise ansteckend wirken. Im Rahmen der kommunalen Präventionsketten gibt es bereits viele Common-ähnliche Initiativen. Ihre partnerschaftliche Unterstützung vor Ort umzusetzen, trägt einen wichtigen Teil dazu bei, das sprichwörtliche Dorf entstehen zu lassen, das es braucht, um Kinder zu erziehen und beim Aufwachsen zu begleiten.



LITERATURVERZEICHNIS

Bauwens, Michel / Onzia, Yurok (2017):

A Commons Transition Plan for the City of Ghent. Online verfügbar unter: <https://sharingcitiesalliance.knowledgeowl.com/help/a-commons-transition-plan-for-the-city-of-ghent>

Beckenkamp, Martin (2014):

Umgang mit sozialen Dilemmata. Institutionen und Vertrauen in den Commons, in: Silke Helfrich und Heinrich-Böll-Stiftung (Hrsg.): Commons. Für eine neue Politik jenseits von Markt und Staat, Bielefeld: transcript, S. 51–57. Online verfügbar unter: <https://www.transcript-verlag.de/978-3-8376-2835-7/commons/> (15.09.2021).

Bologna (2014):

Regulation on Collaboration Between Citizens and the City for the Care and Regeneration of Urban Commons. Online verfügbar unter: <http://www.comune.bologna.it/media/files/bolognaregulation.pdf> (15.09.2021).

Collective Ownership:

Online verfügbar unter: <https://www.common-wealth.co.uk/reports/public-common-partnerships-building-new-circuits-of-collective-ownership> (15.09.2021).

Dallmann, Hans-Ulrich (2021):

Fürsorgliche Belagerung, in: Sozialmagazin, Ausgabe 4, S. 42–53.

Deffte, Vera / Frühling, Eva-Maria/Stolz, Heinz-Jürgen (2020):

Qualitätsrahmen kommunale Gesamtstrategie. Gelingendes Aufwachsen ermöglichen. Online verfügbar unter: https://www.kinderstark.nrw/fileadmin/user_upload/Dokumente/20191211_ISA_08928_Broschuere_frei.pdf (14.09.2021).

Frühling, Eva-Maria / Jasper, Christin M./Deffte, Vera (2020):

Das Bubble-Tool. Klarheit und Verbindlichkeit im Netzwerk schaffen. Online verfügbar unter: https://www.kinderstark.nrw/fileadmin/user_upload/Praxishandreichungen/ISA-20-0001_WEB_BUBBLE_TOOL.pdf (15.09.2021).

Helfrich, Silke / Bollier, David/Heinrich-Böll-Stiftung (2015):

»Elinor's Law« – Design-Prinzipien für Commons-Institutionen nach Elinor Ostrom, in: Helfrich, Silke, David Bollier und Heinrich-Böll-Stiftung (Hrsg.): Die Welt der Commons. Muster gemeinsamen Handelns, Bielefeld: transcript.

Helfrich, Silke / Stein, Felix (2011):

Was sind Gemeingüter? In: Aus Politik und Zeitgeschichte, 61. Jg., Nr. 28–30, S. 9–15. Online verfügbar unter: <https://www.bpb.de/apuz/33201/gemeinguetter> (15.09.2021).

Knecht, Alban (2013):

Daseinsvorsorge als gemeinschaftliche Aufgabe, in: Armutskonferenz (Hrsg.): Was allen gehört. Commons – neue Perspektiven in der Armutsbekämpfung, Wien: ÖGB-Verlag, S. 61–71.

Milburn, Keir / Russell, Bertie (2019):

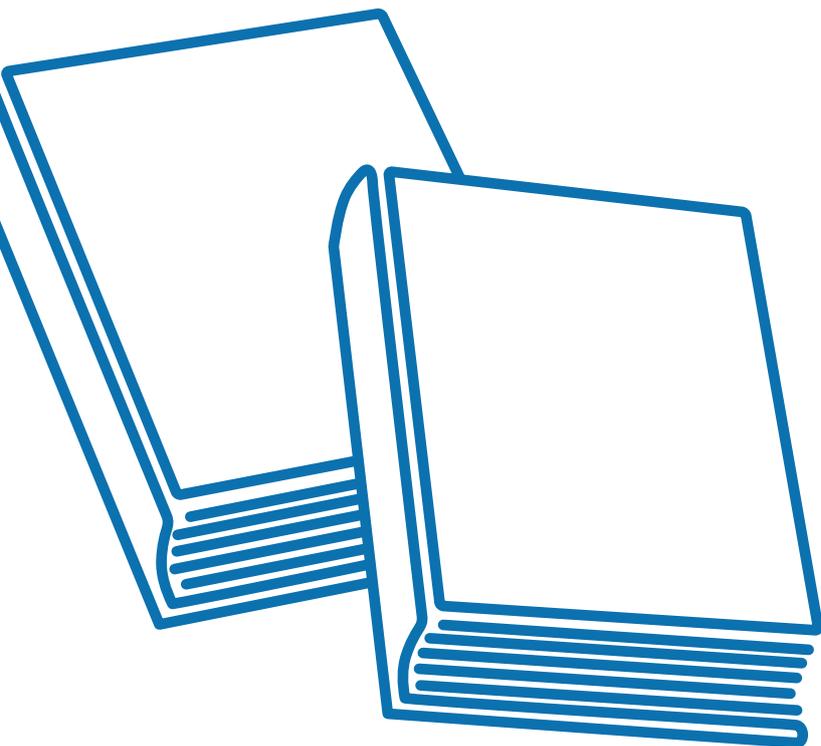
Public-Common-Partnerships: Building New Circuits of Collective Ownership. Online verfügbar unter: <https://www.common-wealth.co.uk/reports/public-common-partnerships-building-new-circuits-of-collective-ownership> (15.09.2021).

Salingaros, Nikos A. / Mena-Quintero, Federico (2014):

Peer-to-Peer-Stadtplanung: Aus Erfahrung lernen. Neuere Entwicklungen in der Stadtplanung, in: Silke Helfrich und Heinrich-Böll-Stiftung (Hrsg.): Commons. Für eine neue Politik jenseits von Markt und Staat, 2. Auflage, Bielefeld: transcript, S. 508–514.

Straßburger, Gaby / Rieger, Judith (2019):

Partizipation kompakt – Komplexe Zusammenhänge auf den Punkt gebracht, in: Gaby Straßburger und Judith Rieger (Hrsg.): Partizipation kompakt. Für Studium, Lehre und Praxis sozialer Berufe, 2. Auflage, Weinheim: Beltz Juventa.



WEITERFÜHRENDE LINKS

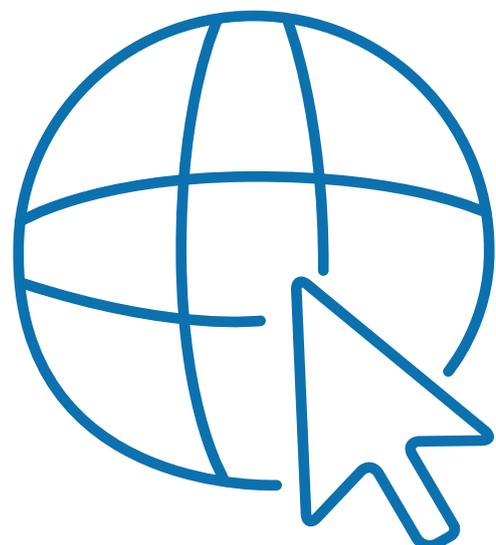
Im transcript-Verlag sind drei Bände erschienen, die sich mit dem Thema Commons umfassend beschäftigen. Sie sind frei auf der Verlagswebsite verfügbar oder über folgenden QR-Code:



Umfangreiche Website zum Thema Commons auf Englisch:



Anregungsreiches Glossar zur gemeinwohlorientierten Stadtentwicklung:



IMPRESSUM

Herausgeber:

Servicestelle Prävention
„kinderstark – NRW schafft Chancen“

Träger der Servicestelle:

Institut für soziale Arbeit e. V.
Friesenring 40
48147 Münster

Geschäftsführender Vorstand:

Ilona Heuchel

Autor:

Dr. Jörg Kohlscheen

Redaktion:

Nina Boos

Gestaltung:

CANTALOOP GmbH
Böningerstraße 40
47051 Duisburg
Deutschland

Ausgabe:

Auflage: 1.000
Erscheinungsjahr: 2021

Mit finanzieller Unterstützung des Landes Nordrhein-Westfalen
und des Europäischen Sozialfonds

Stand: Oktober 2021

www.kinderstark.nrw